

Gemeinderat befasst sich mit Grundsatzförderung für den Bau von Wasserleitungen

Vorzeitiger Baubeginn ist nicht förderschädlich sofern Gemeinde später Zuschüsse gewährt

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass einerseits durch vermehrte Trockenheit und andererseits, insbesondere durch die neuen Anforderungen der Trinkwasserverordnung mit der Prüfpflicht für eigene Wasserversorgungen bei der Gemeindeverwaltung derzeit Anfragen bzw. Anträge eingehen, an eine öffentliche Wasserversorgung anzuschließen.

Er gab zu bedenken, dass generell derzeit der Zuschussantrag hinsichtlich der Erstellung eines Strukturgutachtens für die gesamte Gemeinde läuft. „Erst nach der Zuschussbewilligung für das Strukturgutachten kann dieses in Auftrag gegeben werden. Nach Erhalt des Gutachtens können dann erst anstehende Maßnahmen Zuschüsse beantragt werden. Generell wird es dann sicher so sein, dass zunächst Maßnahmen, wie die Erschließung der Wasserversorgung bis in die Bereiche „Neue Brücke“ und gegebenenfalls später bis „Diesenhof“ kommen werden, sofern sie finanzierbar sind“, gab er zu bedenken.

Er teilte mit, dass in einigen Fällen jedoch von verschiedenen Grundstückseigentümern eine kurzfristigere Lösung gewünscht bzw. benötigt wird. Diesbezüglich nannte er Anfragen aus den Bereichen Hinterbach, Kuonbacherhof sowie dem hinteren Hölzle. Für die Herstellung der in allen genannten Bereichen langen Leitungen stellen die Eigentümer nun die Frage der Finanzierung und hier insbesondere die Frage einer Beteiligung der Gemeinde. Während es im Bereich Abwasser im Außenbereich bei privaten Maßnahmen die bekannten Regelungen mit einer Bezuschussung durch das Land von 30 % und dem separaten Beschluss des Gemeinderates für überlange Hausanschlüsse gibt, sind im Bereich der Wasserversorgung diesbezüglich keine Regelungen vorhanden.

Er gab bekannt, dass bereits eine Umfrage bei anderen Gemeinden gestartet worden ist mit dem Ziel, dortige bestehende kommunale Förderungen bzw. Richtlinien für Wasseranschlüsse im Außenbereich abzufragen. In diesem Zusammenhang gebe es zahlreiche Fragestellungen, wie einen möglichen Baukostenzuschuss, die Frage nach der Beitragserhebung, eine eventuelle Übernahme der Leitung bzw. der Pumpwerke usw.

Er gab zu bedenken, dass deshalb eine kurzfristige Behandlung im Gemeinderat mit dem Ziel einen abschließenden Grundsatzbeschluss zu fassen noch nicht möglich ist. Die entsprechende Beratung soll nach den Kommunalwahlen in einer Gemeinderatssitzung voraussichtlich im Juli stattfinden.

Da im einen oder anderen Fall bereits bald begonnen werden soll, ging es um die Frage, ob ein vorzeitiger Baubeginn förderschädlich ist oder nicht. Vorgeschlagen wurde, dass ein vorzeitiger Baubeginn von Wasseranschlüssen im Außenbereich nicht förderschädlich ist, das heißt, dass eine später eventuell beschlossene Grundsatzförderung trotzdem gewährt wird. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp wies darauf hin, dass der Baubeginn selbstverständlich auf eigenes Risiko erfolgt, das heißt, dass, sofern doch überhaupt keine Förderung erfolgt, keine Ansprüche an die Gemeinde gestellt werden können.

Der Gemeinderat konnte dann diesem Vorschlag zustimmen, dies bedeutet, dass ein vorzeitiger Baubeginn von Wasseranschlüssen im Außenbereich nicht förderschädlich ist. Dies bedeutet, dass eine spätere Grundsatzförderung, sofern diese beschlossen wird, trotzdem gewährt wird. Einen Rechtsanspruch für private Eigentümer ergibt sich nicht. Der frühzeitige Baubeginn erfolgt auf eigene Gefahr hinsichtlich der Finanzierung.

Gemeinderat stimmt zwei Baugesuchen zu

In der letzten Gemeinderatssitzung am vergangenen Montag konnte der Gemeinderat den vorliegenden beiden Baugesuchen zustimmen. Beim Gebäude Mooswald 8 ist im Bereich des Anbaus eine Aufstockung für Wohnzwecke geplant. Ein weiteres Baugesuch betraf den Wiederaufbau des Geräteschuppens, der durch einen Brandfall stark beschädigt worden ist beim Finsterbacherhof. Die beiden Baugesuchen werden nun zur abschließenden Bearbeitung dem Landratsamt Rottweil vorgelegt.

Gemeinderat stimmt Beschaffung einer neuen EDV-Anlage für die Gemeindeverwaltung zu

Hardware wird über Firma ITEOS geleast - Software wird erworben - Firma ITEOS günstigste Anbieterin

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass aufgrund des Alters der Software, dort sind künftig keine Updates mehr möglich, sowie des Auslastungsgrades des Servers und der Hardware eine Neubeschaffung der EDV-Anlage inklusive der Software unumgänglich ist. Er teilte mit, dass mehrere Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind. „Günstigste Anbieterin ist die Firma ITEOS, dies ist das frühere Rechenzentrum bei dem die Gemeinde angeschlossen ist, mit einer Leasingrate von 570 EUR monatlich und einer Gesamtlaufzeit von 60 Monaten für die Hardware“.

Bei der Software empfahl er, für alle PCs und den Server die entsprechenden Programme zu erwerben, da diese gegebenenfalls auch länger genutzt werden können. Dort liegt das günstigste Angebot der Firma ITEOS bei rund 13.750 EUR.

Er gab bekannt, dass im Haushaltsplan der Gemeinde 12.000 EUR für eine Leasingrate pro Jahr und 15.000 EUR für den Erwerb der Software eingestellt sind.

Auf Anfrage von Hardy Faißt bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass der Server nahezu vollständig ausgelastet ist. Auch die Unterbringung des Servers im Keller des Rathauses ist in dieser Form nicht mehr zulässig und muss abgeändert werden. Auf Anfrage von Ansgar Fehrenbacher bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass von der Firma ITEOS eine sehr gute Beratung zu erwarten ist, da dort entsprechendes Fachpersonal vorhanden ist. Dazu muss erwähnt werden, dass die Gemeinde zahlreiche Programme ohnehin über das Rechenzentrum, das zum Verbund ITEOS gehört, bezieht. Stefan Weinmann empfahl, nach Ablauf der 60 Monate zu prüfen, ob die Anlage gegebenenfalls zu einem kleinen Restwert übernommen werden kann.

Kämmerer Rainer Betschner teilte zusätzlich mit, dass ein Leasing für die Software nicht zu empfehlen ist. „Diesbezüglich bestehen auch rechtliche Bedenken“, sagte er. Auf Anfrage von Martin King bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass die Angebote hinsichtlich der ausgeschriebenen Qualität absolut vergleichbar sind.

Mit großer Mehrheit beschloss der Gemeinderat, das Angebot der Firma ITEOS anzunehmen. Die Leasingrate für die gesamte Hardware beträgt demnach jährlich 6.830

EUR während die Software für alle PCs und den Server zum Preis von 13.750 EUR beschafft wird.

Sammelstelle für Müll beim Bauhoflagerplatz im Hölzle soll überwacht werden

Gemeinderat spricht sich gegen teure Videoüberwachung aus - Die Beschaffung einer einfachen Kamera soll angestrebt werden

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, da bei der gemeindeeigenen Sammelstelle beim Bauhoflagerplatz im hinteren Hölzle vermehrt Müll außerhalb der zulässigen Abstellzeiten abgelegt wird und da dadurch das Ortsbild leidet, sowie Wild angezogen wird, sich die Verwaltung gezwungen sieht, zu handeln. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf Anregungen und Forderungen aus dem Gemeinderat, den illegalen Müllablagerungen entgegenzuwirken. Er gab bekannt, dass entsprechende Videoüberwachungen doch relativ hohe Kosten verursachen. Dabei nannte er ein Angebot mit einer einfachen Ausstattung in Höhe von 4.680 EUR, während die optimale Ausstattung Kosten von 8.300 EUR verursachen würde. Zudem nannte er eine Datenflat mit Kosten von 10 EUR pro Tag bei einer optimalen Überwachung. Insgesamt stelle sich aufgrund der hohen Kosten die Frage, ob eine entsprechende Überwachungsanlage gerechtfertigt ist.

Oliver Binder schlug vor, auf eine Datenflat zu verzichten. „Dies ist aus meiner Sicht nicht notwendig“. Hardy Faißt sprach ebenfalls eine kleinere Lösung an. „Aus meiner Sicht ist keine Rundumüberwachung notwendig und eine sogenannte „Wildkamera“ würde ausreichen. Diese Kameras haben in heutiger Zeit ebenfalls eine sehr gute Qualität“, folgerte er. Auch Florian Fehrenbacher bat, Lösungen einzusetzen, die erheblich weniger Geld kosten. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass in den vergangenen Wochen insgesamt 3 Fälle von illegalen bzw. vorzeitigen Müllablagerungen dem Landratsamt Rottweil angezeigt worden sind. „Die entsprechenden Müllsünder müssen mit Bußgeldern in Höhe von jeweils 70-120 EUR rechnen“.

Abschließend beschloss der Gemeinderat, die vorliegenden Angebote für eine Videoüberwachungsanlage aufgrund der hohen Kosten nicht anzunehmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, günstigere Lösungen mit deutlich geringeren Kosten zu eruieren.

Gemeinde stellt keinen Zuschussantrag für eine mögliche Freizeitanlage im Bereich des früheren Hallenbadgeländes im LEADER-Programm Fördermöglichkeiten im Rahmen der Ortskernsanierung, die noch bis 2026 läuft, sind vorhanden

Bürgermeister Norbert Swoboda ging zunächst auf die seitherigen Planungen zur Neugestaltung der möglichen Freizeitanlage auf dem früheren Hallenbadgelände ein. „Der Gemeinderat sprach sich dabei mehrheitlich für die Variante 2 mit Wohnmobilstellplätzen im oberen Bereich des Hallenbadgeländes und einer entsprechenden Anlegung des Freizeitgeländes aus. Die Kostenschätzung von vor knapp 2 Jahren lag inklusive der kompletten Sanierung der Zufahrt und der Parkplätze bei rund 485.000 EUR ohne Planungskosten. Er gab zu bedenken, dass, sofern ein Zuschussantrag über das Programm „LEADER“ gestellt wird, dieser bis 31.12.2020

bewilligt werden müsste. Der Antrag müsste bis spätestens März/April 2020 vollständig eingereicht sein. Grundsätzlich könnte das Projekt dann im Jahr 2021 umgesetzt werden, da bis zum 31.12.2022 der Schlussverwendungsnachweis vorgelegt werden muss. Anschließend geht er auf die Fördermöglichkeiten ein, die beim Freizeitgelände bei einem Fördersatz von 60 % der Nettokosten und bei den Wohnmobilstellplätzen bei einer Förderung von 40 % der Nettokosten liegen. Danach ging er ausführlich auf erste Besprechungen mit Behörden und dem planenden Büro ein. Er teilte mit, dass die Kosten für die Wohnmobilstellplätze bei 50.575 EUR und die der Freizeitanlage bei 482.961 EUR, dazu kommen jeweils noch die Planungskosten, liegen. Insgesamt würde sich eine Förderung von 260.510 EUR ergeben.

Er gab zu bedenken, dass alternativ die Möglichkeit bestehe, die Planung derzeit nicht umzusetzen und den Pachtvertrag für die Freizeitanlage "Hasenhof", der Ende 2021 ausläuft, zu verlängern. Von der Eigentümerfamilie sei diesbezüglich eine grundsätzliche Zustimmung signalisiert worden.

Als weitere Alternative bezeichnete Bürgermeister Norbert Swoboda die Umsetzung der Freizeitanlage in Abschnitten. „Insgesamt würden sich die Kosten dadurch aber nicht verringern, die Maßnahme würde sich darüber hinaus über mehrere Jahre hinziehen“, gab er zu bedenken.

Als letzte Alternative nannte er die Möglichkeit, den Bereich der geplanten Freizeitanlage in die Städtebausanierungsmaßnahme „Ortskern III“ aufzunehmen. Rückfragen bei der betreuenden STEG und dem Regierungspräsidium hätten ergeben, dass diese Möglichkeit grundsätzlich besteht und dass dort 60 % der Bruttokosten inklusive der Planungsleistungen förderfähig sind.

„Aus meiner Sicht macht derzeit ein Antrag auf LEADER-Förderung keinen Sinn. Der Gemeinderat könnte in einem 2. Schritt darüber beraten, ob die Maßnahme über die Städtebauförderung umgesetzt wird oder ob die Planung zurückgestellt wird und der Pachtvertrag für die Freizeitanlage "Hasenhof" entsprechend verlängert wird“.

Ansgar Fehrenbacher sprach von einer neuen Situation, da jetzt bekannt ist, dass der Pachtvertrag grundsätzlich verlängert werden kann, sodass eine Umsetzung mit dem Bau einer neuen Freizeitanlage, die jedoch mit erheblichen finanziellen Mitteln erfolgen müsste, zurückgestellt werden könnte. Stefan Weinmann schlug vor, die jetzige Planung trotzdem beizubehalten und zu prüfen, ob die Maßnahme mit einer Bezuschussung über die Ortskernsanierung eventuell in den Jahren 2023 bis 2026 umsetzbar ist. Er lobte ausdrücklich die Initiative einer privaten Gruppe, die die Planungen angestoßen haben. „Insgesamt würde ich die Maßnahme jedoch in Richtung „Ortskern III“ schieben, da wir dann zeitlich flexibler sind und trotzdem eine relativ hohe Bezuschussung möglich wäre“. Rolf Buchholz sprach die Wohnmobilstellplätze an. „Ich denke dass diese mit einem wesentlich geringeren Aufwand als den veranschlagten über 50.000 EUR hergestellt werden könnten bzw. müssten“. Hardy Faißt schlug vor, die Wohnmobilstellplätze trotzdem umzusetzen, forderte aber auch eine kostengünstigere Lösung.

Insgesamt beschloss der Gemeinderat mit großer Mehrheit, derzeit keinen Antrag auf LEADER-Förderung für das Projekt zu stellen. Möglich wäre immer noch eine spätere Umsetzung über die Zuschussmöglichkeiten im Rahmen der Städtebausanierungsmaßnahme „Ortskern III“ oder aber auch ein Verzicht auf die Freizeitanlage mit der Option den Pachtvertrag für die seitherige Freizeitanlage "Hasenhof" zu verlängern.

Rathausplitter

Bürgermeister Norbert Swoboda bedankte sich zunächst bei den unbekanntem Aufstellern des Maibaumes auf dem Rathausplatz. „Er ist sehr gelungen und eine Zierde vor dem Rathaus, und neben der derzeitigen Baustelle“, freute er sich.

Zudem gab er eine Eilentscheidung bekannt. „Die 4 Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Schramberg müssen für die Arbeit des Gutachterausschusses dringend die Bodenrichtwerte ermitteln und eine Bodenrichtwertkarte erstellen, die veröffentlicht werden muss. Damit der Gutachterausschuss rechtssicher arbeiten kann und auch damit die Grundsteuer-Berechnung anschließend funktioniert ist dies unbedingt erforderlich. Zudem sei es jetzt kurzfristig gelungen ein Büro zu beauftragen, das den Auftrag tatsächlich auch abarbeiten kann. Er gab bekannt, dass sich das Angebot der Firma Dr. Koch Immobilienbewertung GmbH aus Esslingen für die Gemeinde auf 10.825 EUR beläuft und bis zum 30. April gültig war.

Er teilte mit, dass für die praktische Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst der ehemaligen Auszubildenden zur Verwaltungsfachangestellten Jeanine Knobel eine Praktikumsstelle für den Zeitraum von Januar bis Juni 2020 zur Verfügung gestellt wird. Er gab bekannt, dass die Gemeinde für 97 Grundschülerinnen und Grundschüler eine pauschale Förderung der Digitalisierung an Schulen erhält.

Weiter teilte er mit, dass für die Jugendarbeit der Vereine 10 EUR je regelmäßig betreutem jugendlichen Mitglied unter 18 Jahren gewährt wird. „Für das Jahr 2018 ergab dies bei 397 Jugendlichen einen Auszahlungsbetrag von 3970 EUR“.

„Hinsichtlich der Mitfahrerbank habe ich die Grundstücksgespräche zwischenzeitlich geführt und auch die Zustimmung der Straßenmeisterei liegt vor. Vorgesehen ist 6 Bänke aufzustellen und zwar bei den Bushaltestellen am "Adler", "Wilhelmshöhe" "Neue Brücke" und bei der früheren Tankstelle Saum. Für die Rückfahrt von Lauterbach auf den Föhrenbühl wird eine Bank beim Friedhofsparkplatz platziert und eine Bank neben dem Rathaus im Bereich der Einfahrt zu den Mitarbeiterparkplätzen. Der Gesamtpreis für die Bänke liegt bei rund 3.221 EUR, hinzu kommen noch entsprechende Pfosten und jeweils ein Schild mit dem Hinweis „Mitfahrerbank“, berichtete der Bürgermeister. Zudem teilt er mit, dass beim Kapfhäusle eine weitere Hinweistafel als Fortführung des Lauterbach „Strumpfwegs“ aufgestellt wird.

Er gab bekannt, dass die Einführung einer Kinzigtalcard der Schwarzwaldtourismus Gemeinschaft Kinzigtal derzeit vom Tisch ist. „Bei der Projektvorstellung im Marketingausschuss hat sich gezeigt, dass die Karte zwar viel Potenzial birgt, allerdings ist unsere Region geprägt durch eine starke Sommersaison. Deshalb hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, die Region mit einem zielgerichteten Konzept für die Nebensaison zu unterstützen. Der Marketingausschuss möchte nun eine entsprechende Konzeption ausarbeiten. Die Gutachtalcard für Hornberg, Gutach und Lauterbach bleibt weiterhin erhalten.

Als sehr erfreulich bezeichnete er das Projekt mit der Gestaltung der Schulhausfassade zum Grundstück Schulgasse 2 hin. Die Malerarbeiten sind zwischenzeitlich fertig, derzeit werden noch die Schautafeln produziert. Zur Einweihung findet ein kleines „Fassadenfest“ am 29. Mai um 11:30 Uhr statt. An der Seite zur Pfarrer-Sieger-Straße hin wurde ein Schriftzug „Grundschule Lauterbach“ gemalt.

Der Baubeginn für die Maßnahme Schulhof und Schulgasse mit Gehweg an der Landesstraße werde in den nächsten Tagen, geplant ist der 14. Mai, sein. Leider ist noch kein Bauablaufplan vorhanden. Die bauausführende Firma Oberer hat den Baubeginn aufgrund anderer Baustellen trotz mehrmaliger Mahnungen bisher noch nicht gewährleisten können. Sobald die Firma vor Ort ist und der Bauablauf bekannt ist, wird die Gemeindeverwaltung wie üblich nochmals die vertiefenden Gespräche mit den Anlegern führen. In diesem Zusammenhang teilte er mit, dass hinsichtlich der Brücke Schulgasse ein Ingenieurbüro beauftragt worden ist, die Brückenteile, insbesondere den Gemeindeanteil, nochmals zu überprüfen. „Eventuell ist unser Brückenteil gar nicht so stark geschädigt und dann könnte die Straße eventuell wieder freigegeben werden“, mutmaßte Bürgermeister Norbert Swoboda.

Als weiteres Projekt im Bereich des Infrastrukturausbaus Breitband bezeichnete er die Erschließung der unterversorgten Gewerbe- und Industriegebiete im Landkreis Rottweil. Diesbezüglich kündigte er eine Beratung in der nächsten Gemeinderatssitzung an. Für den Ausbau sind künftig Förderungen von bis zu 90 % (50 % Bund und 40 % Land) möglich.

Er kündigte an, dass mit den Sanierungsarbeiten beim Wasserwerk zum 16.05.2019 mit der Pumpstation im Benat begonnen wird. Auch die Arbeiten am Hochbehälter Hardtskämpfle werden in diesem Zusammenhang durchgeführt. Vorgesehen ist, die Baumaßnahme bis zum Oktober 2019 abzuschließen.

Er kündigte an, dass Versuche wegen den Ausprägungen an der Friedhofsmauer, sofern die Witterung trocken und warm ist, auf 22. bzw. 23. Mai terminiert sind.

Im Zuge der Bauarbeiten am Parkplatz bei der Volksbank musste ein Baum im Bereich des Elektrokastens entfernt werden. Dort ist eine Ersatzbepflanzung vorgesehen.

„Für die Zusatzflächen beim Regenüberlaufbecken im Bereich der Volksbank wurde der Firma King ein Anschlussauftrag zur Fertigstellung dieses Abschnitts erteilt. Die Kosten dort belaufen sich auf 60.000 EUR brutto und sind in den Gesamtkosten für den Bereich „Neue Ortsmitte“ enthalten. Der Anschlussauftrag wurde erteilt, um diesen Bereich komplett fertig zu stellen. Die Mehrkosten gemäß dem Gemeinderatsbeschluss für die Pflasterung der Flächen in der Hauptstraße und der Albert-Gold-Straße belaufen sich auf knapp 76.000 EUR.

Anschließend nahm Bürgermeister Norbert Swoboda ausführlich zur geplanten Vollsperrung der Landesstraße 108 im Bereich des Rathauses in den Pfingstferien vom 11. Juni bis 22. Juni Stellung. „Aufgrund der umfangreichen Arbeiten und der Verkehrssicherung ist leider keine halbseitige Sperrung möglich. Da die Zeit während der Vollsperrung nicht ausreicht um alle Arbeiten in diesen 9 Arbeitstagen durchzuführen, werden vorab unter halbseitiger Sperrung die bergseitigen Randsteine an der Landesstraße neu gesetzt, die Bushaltestelle beim Friedhof barrierefrei umgebaut und die Hauptstraße fertiggestellt und vor der Vollsperrung asphaltiert. In der Besprechung konnte erreicht werden, dass die Vollsperrung nicht schon zum Pfingstwochenende erfolgt, sondern erst ab 11. Juni greift. Ab 5:00 Uhr wird die Strecke für den überörtlichen Verkehr gesperrt und entsprechend ausgeschildert. Ab ca. 8:00 Uhr wird dann der Belag auf der Ausbaustrecke bis zu 30 cm tief abgefräst, in diesem Zusammenhang ist dann keine Durchfahrt mehr möglich. Ausgenommen sind Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr. Die Leitstellen Rottweil und Offenburg werden entsprechend informiert. Im Notfall werden die Rettungsfahrzeuge und die Feuerwehr auch während der Asphaltarbeiten die Baustelle passieren können, im Bereich des Rathauses können die Fahrzeuge über den Rathausplatz in Richtung Hauptstraße und

Kreisstraße geleitet werden. Die alte Wasserleitung sollte zwischen Rathaus und Wittum eigentlich komplett ausgetauscht werden. Es wird jedoch nur ein Teilstück auf ca. 100 m Länge ausgetauscht, da hier der Fahrbahnbelag erneuert wird. Die restlichen 60 m Leitungslänge im Bereich der Wasserversorgung werden zu einem späteren Zeitpunkt im Zuge der Sanierung der Landesstraße ausgetauscht. Grund hierfür ist, dass die Gemeinde ansonsten die Kosten für die Entsorgung des teerhaltigen Materials und des Fahrbahnaufbaus komplett übernehmen müsste. Der Ausbau der L 108 im jetzigen Baubereich ist nur eine kurzfristige Notlösung, die ausschließlich dem mangelnden Oberbau geschuldet ist, die kurzfristige Unplanung/Ergänzungsplanung betrifft ausschließlich die Fahrbahnhöhen, Querneigung und die Anpassung der Bushaltestelle bei der Trafostation beim Friedhof. Daher wird der Ausbau auch nicht wie angefragt bis zur Kreuzung Wittum erfolgen. Am Montag den 13. Mai erfolgt noch eine Befahrung des Abwasserkanals in der Hoffnung, dass keine Tiefbauarbeiten notwendig sind und der Kanal notfalls ohne erheblichen Zeitaufwand saniert werden kann. In der Zeit der Vollsperrung wird der Belag abgefräst, eine kleine Frostschticht eingebaut, Schächte und Schieberkappen angeglichen und anschließend asphaltiert. Da das Zeitfenster sehr ambitioniert ist und auch trockenes Wetter notwendig ist, hofft man auf keine negativen Überraschungen", berichtete Bürgermeister Norbert Swoboda. Aus verkehrlichen Gründen sollten die Arbeiten an unserer Maßnahme im Fahrbahnbereich der Landesstraße 108 soweit abgeschlossen sein, dass der Verkehr ohne Lichtsignalanlage ab Mitte Juni in Gegenverkehr fahren kann. Für den Belagseinbau kann die Landesstraße kurzfristig immer für ein oder 2 Tage halbseitig gesperrt werden. Zusätzlich informierte der Bürgermeister die Mitglieder des Gemeinderates über weitere Verkehrssperrungen im Umland. So wird es eine Sperrung der B 33 vom 24. Juni bis 26. Juli in Gutach geben und zwischen Schramberg und Lauterbach laufen Bauwerkssanierungen mit halbseitiger Verkehrsführung. Auch zwischen Lauterbach und Fohrenbühl läuft ab Mitte/Ende Juli eine Bauwerksanierung an der Landesstraße mit halbseitiger Verkehrsführung. Auf dem Sulgen wird die Bundesstraße saniert, sodass auch dort eine Sperrung stattfindet. Parallel ist auch die Landesstraße zwischen Schramberg und Hardt gesperrt. Im Bernecktal, in Schramberg und Tennenbronn sind immer wieder Felsräumarbeiten notwendig, sodass insgesamt gesehen in der Raumschaft zahlreiche Verkehrsbehinderungen durch verschiedene Baumaßnahmen unumgänglich sind.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung teilte er mit, dass die Gemeinde mit der Windkraft Schonach GmbH einen Nutzungsvertrag für Abstands- und Rotorenflächenrechte für die Windenergieanlagen abgeschlossen hat. „Zudem hat der Gemeinderat beschlossen, ein Grundstück im Vorgriff auf den Kreisstraßenausbau im hinteren Hölzle zu kaufen“, berichtete der Bürgermeister.

Bei den Terminen verwies er auf die Abnahme der Felssicherung Wittum mit der Baufirma und dem Ingenieurbüro am 15.05.2019. Zudem verwies er auf einen Workshop für Erstwähler der Gemeinden Hardt und Lauterbach am 17.05.2019 um 17:00 Uhr im Bürger- und Vereinshaus in Hardt. Bei den Terminen verwies er weiter auf die Mitgliederversammlung der Schwarzwaldtourismus Kinzigtal e.V. am 20.05.2019 um 18:30 Uhr in Schiltach, sowie einer Besprechung mit der Geschwister-Heine-Stiftung und der Kirchengemeinde am 22.05.2019. Außerdem findet das Waldfest des Junggesellenvereins Sulzbach am 25. und 26. Mai im Bereich Kienbronn statt. Weiter verwies auf die Europa- und Kommunalwahl am Sonntag, 26.05.2019 und auf das Fassadenfest der Grundschule Lauterbach am 29.05.2019 von 11:30 bis 13:00 Uhr

anlässlich der neugestalteten Schulhausfassade. „Die Fußballdorfmeisterschaft findet vom 29. Mai bis 1. Juni in der Kamo-Arena statt. Zudem verwies er auf das Pfingstfest der Handballabteilung des TSV am 8. und 09.06.2019 in der Poststraße. Weiter gab er bekannt, dass beim Landgericht Rottweil am 19.07.2019 eine weitere Verhandlung in Sachen Gemeinde Lauterbach gegen Firma Friedrich Storz bezüglich des Hugenhofweges stattfindet.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass erneut Geschwindigkeitsüberwachungen durch den Landkreis stattgefunden haben. Im Bereich Föhrenbühl gab es 13 Beanstandungen bei 259 gemessenen Fahrzeugen (5,02 %). Der schnellste Fahrzeuglenker war dort mit 64 km/h unterwegs. Eine weitere Messung in der Schramberger Straße ergab 11 Beanstandungen bei 379 gemessenen Fahrzeugen. Dort lag die Quote bei 2,9 %, der schnellste Fahrzeuglenker war mit 71 km/h unterwegs. Leider, so berichtete Hauptamtsleiter Andreas Kaupp, gebe es bei der Heizungsanlage in der Schule große Probleme. Bereits im Februar habe es am Kessel Leckstellen gegeben und Wasser sei ausgetreten. Die Herstellerfirma Ökotherm hielt damals nachhaltige Reparaturen für möglich, dies wurde aber von der Fachfirma der Gemeinde infrage gestellt. Vor kurzem ist nun ein erneuter Wasseraustritt am Kessel aufgetreten. Die Fachfirma der Gemeinde sieht dringenden Handlungsbedarf da spätestens bei der nächsten Heizperiode im Herbst 2019 befürchtet werden muss, dass der Kessel erneut undicht wird. Mit der Firma Ökotherm, der Gemeinde und dem Ingenieurbüro ist baldmöglichst eine Abstimmung erforderlich um die Problematik zu beseitigen. Weiter teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit, dass für das Projekt „Schule an das Glasfasernetz“ beginnend vom Verteilerkasten in der Einmündung Pfarrer-Sieger-Straße durch die gesamte Pfarrer-Sieger-Straße im Gehwegsbereich ein Glasfaserkabel eingelegt werden. Vor dem Schulhof und im Schulhofbereich können bestehende Leerrohre verwendet werden. Leider können im Rahmen des Projekts Häuser bzw. Gewerbebetriebe an die Trasse noch nicht angeschlossen werden. Dies ist zeitlich aufgrund des knappen Zeitplans für das Schulprojekt nicht möglich. Allerdings können, wenn das Glasfaserkabel liegt, Gewerbebetriebe und Private einen Hausanschluss bei der Telekom beantragen. Die dortigen Eigentümer erhalten dann ein entsprechendes Angebot der Telekom.

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass es gelungen ist für den Bauhof eine zusätzliche Arbeitskraft im Rahmen eines 450 Eurojobs einzustellen. Zudem gab Kämmerer Rainer Betschner die endgültige Abrechnung der Sanierungsmaßnahmen auf dem Friedhof bekannt. Die letzte Kostenschätzung und die gesamte Finanzierung der Gemeinde ging von Kosten in Höhe von 1,459 Millionen EUR aus. Die endgültige Abrechnung liegt bei 1,432 Million EUR, sodass diese rund 27.000 EUR günstiger ist als die letzte Kostenannahme. Als sehr erfreulich bezeichnete er die Tatsache, dass die Abrechnung im Bereich des Kindergartens weniger Aufwendungen von 75.000 EUR ergeben hat.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde wurde eine Problematik mit einer Bewohnerin in der Unterkunft Albert-Gold-Straße 39 angesprochen. Dort werden Flüchtlinge immer wieder belästigt bzw. geschädigt. Bürgermeister Norbert Swoboda verwies in diesem Zusammenhang auf die einzige Möglichkeit, entsprechende Anzeigen bei der Polizei abzugeben. Ergänzend wird sich jedoch auch das Netzwerk, so Britta Schondelmaier, nochmals für die Belange der Flüchtlinge einsetzen.

Manfred Haas sprach die Mülltrennung im Bereich der Friedhofscontainer an und bat, diese besser auszuschildern. "Auch das Anbringen eines Piktogrammes wäre sicherlich hilfreich, damit der Müll dort besser getrennt wird".

Ansgar Fehrenbacher bedankte sich für die jetzt folgende Umsetzung der Mitfahrerbänke. Auch das Buswartehäuschen im Bereich des Busbahnhofs Schramberg wurde wiederhergestellt. Er forderte, nochmals bei der Straßenmeisterei hinsichtlich der aus seiner Sicht unsachgemäßen Herstellung der Querung auf Höhe des Käppeleshof nachzufassen.

Britta Schondelmaier regte an, für verschiedene Parkplätze, insbesondere nannte sie den Bereich in der Hauptstraße/des Felsens Beschränkungen einzuführen. „Sinnvoll wäre es, dort eine Kurzparkzone einzurichten, damit die Dauerparker nicht ständig die dortigen wenigen Parkplätze blockieren.“